

Europäisches Semester

Nebeneinander, miteinander

Regierung und Sozialpartner besprechen Ausrichtung der neuen Reformpläne

VON BÉRENGÈRE BEFFORT

Ein richtiges Streitgespräch blieb auch beim zweiten Treffen zum europäischen Semester aus. Ebenso wie im Januar haben die Regierung, die UEL-Vertreter und die Gewerkschaften gestern nacheinander ihre Vorstellungen zur Haushaltsdisziplin und zum Wirtschaftswachstum dargelegt. Als Kommunikationskanal für Zwischenrufe griffen einige Teilnehmer viel mehr auf die sozialen Medien zurück.

„Wir sind hier um den jeweiligen Anregungen zuzuhören“, sagte gestern Premierminister Xavier Bettel zum Werdegang des Dreiergesprächs. Es sollte ein öffentlicher Meinungsbildungsprozess sein, bei dem die Regierung die Vorschläge der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter einholt. Ein Prozess, der dieses Jahr zum ersten Mal erfolgt und der noch in den Kinderschuhen stecke, wie Pascale Toussing als Präsidentin des Wirtschafts- und Sozialrats (CES) und Leiterin der Tagung um Verständnis bat.

Nach diesem Gespräch will die Regierung jedenfalls die Stabilitäts- und Reformprogramme finalisieren und die Pläne Ende April der EU-Kommission zukommen lassen. Dabei geht es um Engagements, um die Staatsfinanzen ins Gleichgewicht zu bringen, die Wirtschaft anzukurbeln, die Lage auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern und insgesamt dafür zu sorgen, dass das Land weder für sich selbst, noch für die EU zum Problemfall wird.

Stößt das Ziel an sich auf gegenseitiges Einvernehmen, so sind



Die Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter hatten oft entgegengesetzte Ansichten. Laufende Vorträge wurden im Netz kommentiert. (FOTO: G. HUBERTY)



die Patronats- und Arbeitnehmervertreter allerdings entgegengesetzter Meinung, wie die Herausforderungen zu lösen sind. Demnach bot das Gespräch reichlich Reibungsflächen – auch wenn es an sich nicht als Plattform für eine Debatte angedacht war.

Die wirtschaftliche Entwicklung sei gut, hatte Ressortminister Etienne Schneider die Sitzung mit einer möglichst positiven Note eingeleitet. Von 2,2 Prozent Wirtschaftswachstum im Jahr 2014 rechnet man mit 3,3 Prozent für dieses Jahr. Der „Zukunftspak“ sowie weitere Maßnahmen würden dann die Staatsfinanzen entlasten; der Ausbau neuer Beschäftigungszweige im Logistik-, Öko-, TIC- und Biotechbereich käme gut voran und trage mit zehn Prozent zur Wirtschaftskraft bei; und auf dem Arbeitsmarkt habe man die Herausforderungen mit der Jugend-

garantie sowie neuen Vermittlungsprogrammen in Angriff genommen.

Einwurf in 140 Zeichen

Nicht ganz so optimistisch bewerteten manche UEL-Vertreter die Lage und stellten ihre Version zum Rentensystem sowie in Sachen Hochschulabsolventen prompt ins Netz. Wo es früher Stellungnahmen oder auch Zwischenfragen gegeben hätte, wird der ganzen Welt nun Kontra in den sozialen Medien mitgeteilt – mal mit analytischem Zahlenmaterial, mal mit schnippischen Kommentaren in 140 Schriftzeichen. Auch die Ausführungen von OGBL-Präsident André Roeltgen zum Armutsrisiko und zum Mindestlohn sorgten für scharfzüngige Reaktionen. Mündliche Einwände hatte das Gesprächsmodell eigentlich nicht vorgesehen.

André Roeltgen ließ sich vom digitalen Gezwitscher nicht aus der Fassung bringen. Er forderte Lohnerhöhungen und wies auf den sozialen Sprengstoff steigender Ungleichheiten hin. Die Reformpläne an Brüssel müssten demnach Verbesserungen beim Mindestlohn, eine höhere Besteuerung von Vermögenden und eine stärkere Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ins Auge fassen, so die Botschaft der Arbeitnehmervertreter.

Auf der Arbeitgeberseite meinte der UEL-Präsident, dass sich die Regierung verstärkt um Rückgänge bei der Produktivität kümmern müsse. „Wir haben in den letzten Jahren Marktanteile verloren und sind international nicht mehr so kompetitiv“, gab Michel Wurth zu bedenken. Dass die Regierung zu strenge Sparanstrengungen beabsichtige, wies er zu-

rück. Wenn man das Defizit im Staatshaushalt beheben wolle, müssten gerade manche Ausgaben überdacht werden. Wurth wandte sich jedenfalls direkt an die Gewerkschaftsseite und stellte automatische Gehaltsaufbesserungen in Frage: „Welcher Betriebsleiter würde denn die Löhne erhöhen, wenn die Kosten stets steigen? Da muss man doch logisch sein.“

Die entgegengesetzten Ansichten der Sozialpartner wollte der Premier nicht zu sehr befeuern. Er rief dazu auf, die Herausforderungen geschlossen anzupacken. Wirtschaftliche und soziale Anliegen seien eng miteinander verknüpft. Demnach solle man nicht auf Kriegsfuß zueinander stehen. Generelle Reformbemühungen wollen die drei Gesprächspartner am 23. April erörtern. Die Erklärung zur Lage der Nation hält Xavier Bettel am 5. Mai ab.

Felix Eischen: „Absurder geht's nicht“

Schul-Leaks: CSV wehrt sich gegen Äußerungen von Claude Meisch und erwägt juristische Schritte, sollte dieser sich nicht entschuldigen

Im Streit zwischen der Regierung und der CSV um die Schul-Leaks und die Frage, wer wann was wusste und was unternommen oder nicht unternommen hat, kam es gestern zu einem vorläufigen Höhepunkt. Die CSV verlangt eine offizielle Entschuldigung von Bildungsminister Claude Meisch, nachdem dieser im Montagsinterview mit der Tageszeitung Le Quotidien die CSV der möglichen Komplizenschaft mit den Urhebern der Leaks bezichtigt hatte.

Die CSV will die erneuten Anspielungen nicht auf sich beruhen lassen. „Wir können nicht akzeptieren, als Komplizen dargestellt und mit kriminellen Machenschaften in Verbindung gebracht zu werden“, sagte Martine Hansen gestern bei einer eilig einberufenen Pressekonferenz. „Wir haben keinen Skandal inszeniert, wir haben niemanden hereingelegt, wir haben eine Frage gestellt. Nicht mehr und nicht weniger.“

Der Begriff Komplizenschaft sei völlig fehl am Platz, sagte auch der Anwalt der CSV, Georges Pierret. „Wenn der Minister meint, dass ein Vergehen vorliegt, liegt es in seiner Verantwortung, zu reagieren,



Die CSV-Abgeordneten Martine Hansen und Felix Eischen sind außer sich, dass sie in der Schul-Leaks-Affäre beschuldigt werden. Sie fordern Minister Meisch auf, sich zu entschuldigen. (FOTO: SERGE WALDBILLIG)

und nicht in jemand anderes Verantwortung“, so Pierret. Sollte die Regierung keinen Rückzieher machen, werden die Abgeordneten die ihnen zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mittel nutzen, um gegen den Minister vorzugehen.

Spätestens seit in einem RTL-Bericht (24. März) die Frage der Rolle der CSV in der Leaks-Affäre aufgeworfen worden war, hat der Skandal um die geleakten Leistungstests eine neue Wende genommen.

Bereits beim CSV-Nationalkongress am Samstag hatten Parteipräsident Marc Spautz, Fraktionschef Claude Wiseler sowie die betroffene Abgeordnete Martine Hansen auf die Äußerungen von Premierminister Xavier Bettel und Bildungsminister Claude Meisch vom Freitag reagiert und eine Entschuldigung gefordert. Bettel hatte beim Pressebriefing gemeint, dass die Regierung in dieser Affäre keine Schuld treffe und etwaige politische Konsequenzen nicht von der Regierung zu ziehen seien.

Fehler, auch beim Ministerium

Dabei sind dem Ministerium einige Fehler unterlaufen, angefangen bei der verfrühten Freischaltung der Lösungsergebnisse auf einer nur den Lehrern zugänglichen Internetplattform (das LW berichtete am 21. März) bis hin zum verfrühten Verschicken der Leistungstests an die Sekundarschullehrer, noch vor Ende der Testreihe. Manche Lehrer waren eigenen Angaben zufolge bereits am 13. März im Besitz der Testunterlagen, der Begleitbrief jedoch war auf den 16. März datiert. Für die CSV steht fest, dass die Regierung versucht, von den Tatsa-

chen und eigenen Fehlern abzulenken. „Der Minister hätte, als er am 16. März von den Leaks erfuhr, sofort reagieren müssen“, sagte Martine Hansen.

Felix Eischen ging gestern noch einmal auf den Werdegang ein und erklärte, die CSV sei am 16. März über den frühzeitigen Versand der Tests an die Sekundarschullehrer informiert worden und habe am 17. März, nachdem klar war, dass dies in mehreren Schulen der Fall gewesen ist, in ihrer parlamentarischen Frage vor einem möglichen Missbrauch warnen wollen, so Eischen. Vom eigentlichen Leak habe man erst durch die Presse erfahren und aufgrund des neuen Kenntnisstandes am 19. März eine Dringlichkeitsfrage gestellt. Eischen dementierte überdies jeglichen Zusammenhang mit den Urhebern der Leaks.

In den Augen der CSV sind der eigentliche Skandal nicht die Leaks, sondern der Umstand, dass die Regierung versuche, die CSV in die Affäre hineinzuziehen. Man fordere kein Mea Culpa, „aber es kann nicht sein, dass wir in dieser Sache beschuldigt werden. Absurder geht's nicht“, so Felix Eischen. (mig)